

# Demo gegen



Regionaler Aktionstag für  
Freie Bildung, Freie Meinungs-  
äußerung und soziale Gleichheit

Mittwoch, 06.06. 2007, 17 Uhr  
Marktplatz Darmstadt

## WAS IST G8?:

Vom 6. bis 8. Juni 2007 findet in dem mecklenburg - vorpommerschen Provinzstädtchen Heiligendamm der G8 Gipfel statt. Die "Gruppe der 8" (G8) ist eine Institution der acht mächtigsten Länder der Erde. Sie trifft als selbst ernannte informelle "Weltregierung" Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Die Politik der G8 steht für Kriege, Umweltzerstörung und soziale Unterschiede, sowohl innerhalb der Staaten, als auch zwischen Nord und Süd. Die Entscheidungen, die hier getroffen werden, richten sich ausschließlich auf Machterhalt der teilnehmenden Staaten und die Bereicherung der Wirtschafts- und Finanzeliten.

Die G8 stehen für:

- den Ausbau der Atomenergie
- die Förderung der Gentechnik
- das Patentrecht auf Saatgut, Aidsmedikamente, Lebewesen...
- Kriege und Waffenhandel (90% am Weltmarkt)
- Hedgefonds und Währungsspekulation
- die Politik von IWF, Weltbank und WTO
- Schuldenfalle der Entwicklungsländer
- Privatisierung und Sozialabbau
- Elitäre, ausschließende Bildungs- und Hochschulpolitik

Ihre Politik im Sinne einflussreicher FinanzanlegerInnen und Konzerne macht vor Bildung, Menschenrechten und Grundrechten keinen Halt.

WIR STELLEN UNS GEGEN DIE VON DER G8 PROPAGIERTEN UND DURCH INTERNATIONALE HANDELSABKOMMEN IN UMSETZUNG BEFINDLICHE POLITIK. IM RAHMEN DER INTERNATIONALEN MOBILISIERUNGEN ERKLÄREN WIR DEN 06.06.2007 ZUM REGIONALEN AKTIONSTAG FÜR FREIE BILDUNG, FREIE MEINUNGSÄUßERUNG UND SOZIALE GLEICHHEIT.

Wir stellen uns gegen Polizeigewalt, staatliche Repressionen, Überwachung, Diskriminierung und die Kriminalisierung von Protesten.

## WENN KRITIK KRIMINALISIERT WIRD..

Demonstrationsverbote, Razzien und Polizeiübergrieffe auf Globalisierungskritiker prägen die Proteste gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm. Vergangene Woche bestätigte das Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern das von der Polizei erlassene umfassende Demonstrationsverbot im Abstand von bis zu zehn Kilometern von dem skandalösen Sperrwall, der für das Mächtigentreffen um das Ostseebad Heiligendamm errichtet wurde. Geht es nach der Polizei, sollen bis Ende kommender Woche mehr als 40 Quadratkilometer demokratiefreie Zone bleiben.

Gleichzeitig behaupten die Sicherheitsbehörden dreist, auf »Deeskalation« zu setzen. Das Demonstrationsverbot markiert eine weitere Stufe des Demokratie- und Bürgerrechtsabbaus in der Bundesrepublik. Denjenigen, die Einspruch gegen das Treffen der G-8 erheben, wird damit jede Möglichkeit verwehrt, legal in räumlicher Nähe zum Protestobjekt zu demonstrieren. Gerade das ist jedoch, auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes im sogenannten Brokdorf-Urteil, essentieller Bestandteil des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Bereits seit Wochen setzen staatliche Stellen und Polizei auf einen offensiven Eskalationskurs, der potentielle Demonstranten einschüchtern und dazu bewegen soll, nicht an den geplanten globalisierungskritischen Manifestationen teilzunehmen. Schon Wochen vor Beginn des G8 Gipfels in Heiligendamm begann die Polizei mit der Einschüchterung potentieller DemonstrantInnen. Mit der Keule des §129a, der "Bildung einer terroristischen Gemeinschaft", schickte das Bundeskriminalamt über 1000 PolizistInnen gegen siebzehn namentlich genannte "Verdächtige" los und ließ bundesweit über 40 linke Projekte, Wohnungen und Arbeitsplätze durchsuchen.

Doch dies war nur der Beginn der schikanösen Maßnahmen gegen Gegner des G8 Gipfeltreffens. Tage später wird bekannt, dass die Polizei in mehreren Fällen Geruchsproben von Globalisierungsgegnern genommen hat, um angeblich die Urheber von Anschlägen zu ermitteln. Das Stasi-Museum in Berlin scheint die Staatsgewalt inspiriert zu haben. Dies trifft auch auf den Ausschluss kritischer JournalistInnen von der Gipfel-Berichterstattung zu. Berichterstatte der linken Tageszeitung Junge Welt und taz wurde die Akkreditierung mit der Begründung verweigert, das Bundesamt für Verfassungsschutz hätte sich ablehnend geäußert. Eine fragwürdige Interpretation von Demokratie und Pressefreiheit, wenn alle Journalisten zunächst vom Geheimdienst überprüft werden, um zu entscheiden ob sie ihren Beruf ausüben dürfen. Nach massiven Protesten wurden diese faktischen Berichterstattungsverbote zurückgenommen, den Betroffenen aber nach wie vor geheim halten, welche Informationen zu ihrem Ausschluss geführt hatten. Reicht in Deutschland eine kritische, den Mächtigen unbequeme Berichterstattung aus, um ins Fadenkreuz der Geheimdienste zu geraten? Lassen wir es uns gefallen, dass eine Polizeitruppe, wie in Hamburg geschehen, das Briefverteilzentrum der Post besetzt und stundenlang Briefe nach verdächtigen Sendungen durchsucht und diese dann öffnet? Sehen wir zu, wenn Polizisten auf Demonstrationen in Prügeleinsätzen immer wieder DemonstrantInnen schwer verletzen und dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden? Laut und wahrnehmbar muss unser Protest gegen diesen scheinweisen Abbau der Grundrechte in Deutschland sein! Am ersten Demonstrationstag in Rostock wurden sowohl Sanitäter als auch Rechtsanwälte an ihrer Arbeit für festgenommene und verletzte Demonstranten behindert. Wasserwerfer mit Tränengas befüllt führen in die Abschlusskundgebung des ersten Protesttages. Augenzeugen berichten von massiven Übergriffen auf DemonstrationsteilnehmerInnen.

Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie und wogegen wir protestieren.

## SOLIDARITÄT MIT STREIKENDEN DER TELEKOM.

Seit fast 4 Wochen streiken Beschäftigte der Telekom. 50.000 von Ihnen sollen in neue Tochterunternehmen ausgegliedert werden, wo sie für weniger Geld länger arbeiten sollen. Außerdem will der Vorstand die Option haben, die neuen Unternehmen ab 2011 zu verkaufen.

Seit 2005 ist bei der Telekom der Finanzinvestor Blackstone zweitgrößter Aktionär. Wurden solche Unternehmen im Wahlkampf 2004 von der SPD noch als "Heuschrecken" bezeichnet, war es ein Jahr später der Finanzminister der selben Partei, der Blackstone einen Teil der Bundesanteile verkaufte.

Blackstone drängt seit dem auf höhere Rendite und steigende Aktienkurse.

Dafür sollen die Beschäftigten bluten. Und die Bundesregierung unterstützt diesen Kurs.

Um die Folgen des Streiks abzumildern setzt die Telekom

Leiharbeitsfirmen ein. Die Beschäftigten sollen Streikbrecherarbeiten übernehmen. Als sich in

Kassel bei der Firma Manpower beschäftigte Leiharbeiter weigerten derartige Arbeiten auszuführen wurden sie entlassen.

Auch die Beschäftigten des Darmstädter Echos wehren sich aktuell gegen die Auslagerung ihrer Arbeitsplätze, dies betrifft mehr als 150 MitarbeiterInnen.

G8 steht für eine neoliberale Politik, welche es Firmen wie Blackstone und anderen ermöglicht, immer freier auf Kosten der Menschen und der Beschäftigten, Profite

## RECHTE KAPITALISMUS - KRITIK

Immer häufiger gibt es Kritik am G8-Gipfel seitens der Rechten, mit scheinbar den gleichen Anliegen, die die Linken vertreten. Allerdings ist diese Kritik sehr platt und allgemein gehalten, sowie ohne jegliche Analyse des Kapitalismus. Sie geben ihre eigentlichen Absichten nur schwer zu erkennen, indem sie ihre rechte Politik in den Deckmantel linker Parolen hüllen. Nazis nutzen die Diskussionen um die Folgen der Globalisierung und die allgemeinen Protestbewegungen rund um den G8-Gipfel:

a) um aus ihrer politischen Isolation heraus zu treten und

b) um ihre nationalistische und menschenverachtende Propaganda zu verbreiten.

Das was Nazis als Alternative anbieten, ist im Grunde genommen nichts anderes, als ein Nationalkapitalismus, in dem ein "freies Deutsches Unternehmertum" anstatt "undeutsches raffendes Kapital" gefordert wird, sprich: Kapitalismus im nationalen Gewand auf Basis der Volksgemeinschaft.

## G8- BÜNDNIS DER DAHEIMGEBLIEBENEN IST EIN ZUSAMMENSCHLUSS VON:

Studis gegen G8, Antifaschistische Linke Darmstadt, Anti- Nazi- Koordination Darmstadt, UFFBASSE, Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt, Jugendantifa Darmstadt, DKP, Die Linke Darmstadt, Anarchistische Gruppe Darmstadt, Bunte/ Rote Hilfe